Nummer 192 — 27. Jahrgang

Erscheint 6mal wöchentl. mit den illustr. Gratisbeilagen „Die Welt" und „Für unsere kleinen Leute", sowie den Textbeilagen „St. Lenno-Blatt", „Unterhaltung und Wissen", „Die Welt der Frau", „Aerztlicher Ratgeber", „Das gute Buch", „Filmrundschau", Monatlicher Bezugspreis 3 Mk. einschl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 ₰. Sonnabend- u. Sonntagnummer 20 ₰.
Hauptschriftleiter: Dr. G. Tokezyk, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Freitag, den 24. August 1928
Verlagsort: Dresden
Anzeigenpreise: Die 1gespaltene Petitzeile 30 ₰. Familienanzeigen u. Stellengesuche 20 ₰. Die Petitreklamezeile breit. 1 ℳ. Für Anzeigen außerhalb des Verbreitungsgebiets 40 ₰, die Petitreklamezeile 1,30 ℳ. Offertengeb. 20 ₰. Bei höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung und Erfüllung b. Anzeigen-Aufträgen u. Leistung b. Schadenersatz.
Geschäftlicher Teil: Artur Lenz, Dresden.

Geschäftsstelle, Druck u. Verlag: Germania, A.-G. für Verlag und Druckerei, Filiale Dresden, Dresden-A. 1, Pollerstraße 17. Fernruf 21012. Postscheckkonto Dresden 5701. Bankkonto: Stadtbank Dresden Nr. 61719

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Altstadt 1, Pollerstraße 17. Fernruf 20711 und 21012.

Die parlamentarische Union

Das Parlament der Parlamente — Beginn der Berliner Tagung

Berlin, 23. August.

Die 25. Konferenz der Interparlamentarischen Union hat heute begonnen. Man wird sich zunächst mit dem Bericht des Generalsekretärs befassen, der den Teilnehmern bereits gedruckt vorliegt. Als eines der Hauptziele der Union betont der Bericht die Aufgabe, in jedem Parlament der Welt die Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Lösung der internationalen Probleme zu schaffen. Die beiden wichtigsten Fragen seien die allmähliche Verminderung der noch dem Handel entgegenstehenden Hindernisse und die Abrüstung. Letzterer und der Organisation des internationalen Friedens ist ein großer Teil des Berichtes gewidmet. **Es wird betont, daß bei dem gegenwärtigen Zustand der Bewaffnung trotz der schwer auszudenkenden internationalen Gerichtsbarkeit die Grundlage des internationalen Lebens sehr ungewiß sei, daß auch die Befriedungsmaßnahmen niemals vollständig wären, solange die Staaten ihre Bewaffnung beibehalten.** Konflikte selbst seien unvermeidlich, aber ihre Lösung durch Gewalt und Zwang sei niemals endgültig, sondern immer nur provisorisch. Die einzige Methode, die einen dauernden Frieden garantiere, sei die der Lösung der Konflikte auf der Grundlage des Rechtes.

Am gestrigen Mittwoch tagte der Interparlamentarische Rat. Unter lebhaftem Beifall wurde der bisherige Generalsekretär der Interparlamentarischen Union, Dr. Christian Lang, Norwegen, auf weitere vier Jahre zum Generalsekretär gewählt. Dem um die Union verdienten Dr. Boissier (Schweiz) wurde der Titel eines stellvertretenden Generalsekretärs verliehen.

Der Glaube an den Parlamentarismus

Berlin, 23. August.

Die Konferenz wird sich auch grundsätzlich mit der Lage des Parlamentarismus befassen. Das Hauptreferat über diese Frage wird der deutsche Zentrumsabgeordnete Dr. Wirth halten. Dieser wird im Namen der Kommission für organisatorische und politische Fragen der Konferenz einen Resolutionsentwurf vorlegen, in dem es heißt:

Die 25. Interparlamentarische Konferenz bekundet hiermit ihren Glauben an das parlamentarische System, das den Völkern die Möglichkeit gibt, sich selbst zu regieren.

Die Konferenz lenkt die Aufmerksamkeit der Gruppen besonders auf folgende Punkte: 1. Erfordernis einer größeren Stabilität von Regierung und Parlament. 2. Sicherung der Unabhängigkeit des Parlaments und der Regierung von den großen Wirtschaftsorganisationen. 3. Reichere Ausstattung der parlamentarischen Einrichtungen mit sachlichen Unterlagen. 4. Notwendigkeit der Mitwirkung einer ihrer Aufgabe bewußten und aufgeklärten Volksmeinung. 5. Notwendigkeit der Entlastung des Parlaments durch Uebertragung gewisser Befugnisse an lokale Behörden oder nationale Organisationen, die neben dem Parlament funktionieren. 6. Technische Verbesserung des parlamentarischen Verfahrens, um die schwerfällige Beschlußfassung zu beschleunigen und eine bessere Ausarbeitung der Gesetzestexte zu ermöglichen.

Empfang im Reichstag

Berlin, 23. August.

Zu Ehren der Teilnehmer an der 25. Tagung der Interparlamentarischen Union veranstaltete die deutsche Gruppe der Union am Mittwochabend in den Festräumen des Reichstages einen Empfangsabend, zu dem Parlamentarier aller bei der Interparlamentarischen Union vertretenen Länder und zahlreiche Ehrengäste aus Berlin und dem Reiche, zusammen über 1000 Personen, erschienen waren. Reichstagspräsident Löbe begrüßte in einer kurzen, mit großem Beifall aufgenommenen Ansprache die Erschienenen, indem er darauf hinwies, daß es ihm zur besonderen Freude und Ehre gereiche, so zahlreiche Festgäste im Namen der Interparlamentarischen Union und gleichzeitig als Hausherr in Deutschland, in Berlin und in diesem Hause der deutschen Volksvertreter begrüßen zu können. Besonders wies er auf die Veteranen der interparlamentarischen Bewegung, den Senator Lafontaine und den nordamerikanischen Politiker Bartholdt, den Italiener Stefano Napolitani, den Ungarn Berzeviczy und den Kanadier Dandurant, hin. Er bedauerte besonders die Abwesenheit des Vorsitzenden Baron Adelswärd, des ungarischen Grafen Apponyi und des deutschen Mitgliedes der Interparlamentarischen Union Eyckhoff sowie des 80jährigen amerikanischen Mitgliedes Burton, Ohio, der sich trotz seines hohen Alters am amerikanischen Wahlkampf beteilige. Löbe regte an, dem Vorsitzenden Adelswärd ein Begrüßungstelegramm zu schicken. Nach einer kurzen Vorschau auf die Aufgaben der morgen beginnenden Tagung und einen kurzen Rückblick auf die Entwicklungsgeschichte der Interparlamentarischen Union rief Reichstagspräsident Löbe den Anwesenden nochmals ein herzliches Willkommen entgegen.

Die weltliche Schule

Es kann dem aufmerksamen Beobachter nicht entgehen, daß seit einiger Zeit bei den Bemühungen, die zeitweilig stark ins Stocken geratene Bewegung für die sog. „weltliche Schule" neu in Fluß zu bringen, wieder einmal so etwas wie eine behördliche Stützungsaktion in Erscheinung tritt, — oder vielmehr zunächst möglichst im Verborgenen wirkte. Es ist bekannt, daß die weltliche Schule eine Lehrerkrise von einschneidenster Bedeutung erlebt hat und noch durchmacht. Dafür erzeugt der empfindliche Mangel an Lehrern, die bereit sind, zur weltlichen Schule zu gehen — vor allem der Mangel an nicht mehr ganz jung und unerfahrenen Lehrkräften; davon zeugen die zahlreichen Versuche von Lehrern der weltlichen Schule, wieder an die Bekenntnisschule zurückzukommen. Es war dies zweifellos mit die natürliche Folge der in dem ungesetzlichen und verfassungswidrigen Bestand der weltlichen Schule begründeten rechtlichen Unsicherheit der persönlichen Stellung der Lehrer an den Sammelklassen. Nach dem Volksschulunterhaltungsgesetz vom 28. 7. 1906 — und dieses Gesetz allein kommt rechtlich hier in Betracht — gibt es in Preußen nur Lehrkräfte bestimmter Konfession an Schulen mit entsprechendem Bekenntnischarakter und Lehrkräfte der beiden christlichen Konfessionen an den christlichen Simultanschulen. Seit einiger Zeit nun hört man von der Anstellung dissidentischer Lehrer an den Sammelklassen und ihrer Bestätigung durch die Schulaufsichtsbehörde. Daß diese zunächst nur unbestimmt auftretende Nachricht Tatsache ist, kann nicht mehr bezweifelt werden. Das Ministerium bestätigt unter Vermeidung eines unbequemen allgemeinen Erlasses die Anstellung dissidentischer Lehrer an den Sammelklassen. Damit ist ein höchst auffälliges schulrechtliches Novum geschaffen. Die sich aufdrängende Frage, wie sich diese Maßnahme verträgt mit dem doch vom Ministerium formaljuristisch streng festgehaltenen Charakter der Sammelklassen als „Bekenntnisschulen ohne Religionsunterricht" bleibt allerdings unbeantwortet. Diese Frage kann auch nicht erledigt werden durch den Hinweis, diese Lehrkräfte würden nicht für eine bestimmte Stelle, sondern für den Schulverband angestellt. Denn nach den Grundsätzen der geltenden preußischen Schulgesetze verfügt der Schulverband nur über Stellen für katholische und evangelische (evtl. jüdische) Lehrkräfte.

Daß hier ernsteste Dinge im Werden sind, konnte endlich niemandem mehr entgehen, der die grundsätzlichen Aeußerungen des Min.-Dir. Kaestner, des verantwortlichen Leiters des preußischen Volksschulwesens, bei den letzten Verhandlungen zum preußischen Kultusetat las. Ministerialdirektor Kaestner machte dort in der Plenarsitzung des preußischen Landtags vom 15. 3. 1928 (sten. Ber. S. 25427 f.) eingehende Angaben über den Anteil der bekenntnisfreien Minderheiten an der Kinderzahl, den bekenntnisfreien Lehrkräften und den Schulen. In bezeichnender Weise behandelte der Vertreter der preußischen Unterrichtsverwaltung die weltliche Schule als einen eigenen, den anderen gesetzlich bestehenden Schularten gleichberechtigten Schultyp. Er erklärte u. a. folgendes:

„Ich meine, unabhängig von der Frage, ob ein Reichsschulgesetz später kommen wird, müssen wir doch bei der schwierigen Frage der Sammelschulen in der preußischen Unterrichtsverwaltung grundsätzlich immer den Standpunkt vertreten: die Parität, die wir für konfessionelle Minderheiten verlangen und durchsetzen, müssen wir genau mit dem gleichen Rechte, der bekenntnisfreien Minderheit geben.

Was — um irgendwelche Beispiele zu nennen — die evangelische Minderheit im Regierungsbezirk Aachen mit Recht verlangt und mit Recht auch erreicht hat, was eine katholische Minderheit, z. B. in der Provinz Schleswig-Holstein mit Recht verlangt und mit Recht auch erreicht hat, genau das gleiche müssen wir den bekenntnisfreien Minderheiten in anderen Bezirken Preußens geben, und es ist noch viel zu wenig bekannt, wie außerordentlich unbefriedigend in der Beziehung, wenn man von derartigen sachlichen Gesichtspunkten berechtigten Paritätsverlangens ausgeht, die Verhältnisse der bekenntnisfreien Bevölkerung geregelt sind.

Wir halten uns für verpflichtet, diesen bekenntnisfreien Minderheiten, wie gesagt, zu dem gleichen Rechte zu verhelfen, das wir konfessionellen Minderheiten unter allen Umständen geben und das konfessionelle Minderheiten mit dem gleichen Rechte selbstverständlich verlangen.

Dabei muß natürlich vermieden werden, daß die bekenntnisfreien Minderheiten vor den konfessionellen Minderheiten irgendwie bevorzugt werden. (!)

Es muß für sie genau das gleiche Recht gelten. Sie dürfen es nicht besser haben, und sie dürfen es nicht schlechter haben. Das muß in sachlicher Beziehung gelten, das muß in persönlicher Beziehung gelten, — auch für die Schulamtsbewerber. Die bekenntnisfreien Schulamtsbewerber dürfen nicht früher angestellt werden als andere Schulamtsbewerber nur deswegen, weil sie Dissidenten sind und für Sammelschulen in Frage kommen, und es müssen auch — ich glaube, daß man sehr wohl daran denken kann — die Bestimmungen des § 30 des Volksschulunterhaltungsgesetzes, in denen die Verhältnisse der konfessionellen Minderheiten eingehend geregelt sind, analog angewendet werden. Ich glaube, man könnte sehr wohl dazu kommen, zu sagen,

Die Thüringer Regierungskrise

Das Gesamtkabinett zurückgetreten

Weimar, 23. August.

In einer Sitzung des thüringischen Kabinetts, die zur Erörterung der Regierungskrise einberufen worden war, gab gestern das demokratische Regierungsmitglied Staatsrat Glückner die Erklärung ab, daß er von seinem Staatsratsposten zurücktrete. Am Nachmittag traten die Koalitionsparteien mit Ausnahme der Demokraten zu einer interfraktionellen Besprechung zusammen. Es wurde beschlossen, die Demission des Gesamtkabinetts einzureichen. Die amtliche Mitteilung dieses Rücktritts ist dem Landtagspräsidenten sofort zugegangen. In der heutigen Landtagssitzung wird sofort zu Beginn der Antrag auf Vertagung des Hauses gestellt werden, um den Verhandlungen für die Neubildung des Kabinetts unbeschränkt Raum zu geben. Die offizielle Verlautbarung spricht offen davon, daß sich die Bildung des Kabinetts unter den schwierigen Verhältnissen „einige Monate" hinziehen dürfte.

Damit ist also doch das thüringische Kabinett über den Fall Frieders, dessen Nichtbegnadigung nicht nur bei den Sozialdemokraten, sondern auch bei den Linksdemokraten auf den schärfsten Widerspruch stieß, zu Fall gekommen. Nach dem Rücktritt des demokratischen Staatsrates Glöckner und der Mandatsniederlegung der demokratischen Abgeordneten Fräulein Dr. Scholz-Gera, blieb dem Rumpfkabinett nur noch der Ausweg der Demission, falls man nicht die demokratischen Abgeordneten im Landtag ganz an die Seite der Linken treiben und dadurch einer Linksregierung in den Sattel verhelfen wollte.

Trotzdem ist in Zukunft mit einer Annäherung der Demokraten an die Sozialdemokraten zu rechnen. In Thüringen liegen die politischen Verhältnisse infolge der ziemlich gleichmäßigen Kräfteverteilung zwischen rechts und links ähnlich wie in Sachsen. Die Rolle der Altsozialisten spielen hier in Thüringen die Demokraten, die zwischen der gleichstarken Rechten und Linken eingekeilt sind. Es ist sehr fraglich, ob unter diesen Umständen die Bildung einer Großen Koalition von der SPD. bis zur Deutschen Volkspartei möglich sein wird. Gerade die letzten Vorgänge in der Reichspolitik dürften den Mut der Thüringer Sozialdemokratie zur Großen Koalition nicht besonders gesteigert haben. Ebensowenig wird die Deutsche Volkspartei in Thüringen geneigt sein, sich unter eine starke sozialistische Führung zu beugen. Die nächsten Monate werden also voraussichtlich neue Lehren dafür erteilen, daß es gerade in den mitteldeutschen Industriestaaten außerordentlich schwierig ist, eine vernünftige parlamentarische Grundlage für die Regierungsbildung zu schaffen. Augenblicklich ist ein Ausweg aus der Krise noch nicht abzusehen.

Man ist auch in Weimar der Meinung, daß nunmehr die Parteien die Initiative zur Regierungsbildung ergreifen müssen, die bisher nicht an der Koalition beteiligt waren, in erster Linie also die Sozialdemokraten. Das bisherige Kabinett wird vorläufig ohne Verantwortung die Geschäfte weiterführen.

SLUB
Wir führen Wissen.